

FOLGEN DES DEMOGRAFISCHEN WANDELS

Wandel der Erwerbsbevölkerung führt zu hohen Wohlstandseinbußen

Die Erwerbsbevölkerung in Deutschland wird in den nächsten 20 Jahren voraussichtlich stark altern und schrumpfen. Dies wird sich negativ auf das Wirtschaftswachstum und die durchschnittlichen Einkommen auswirken. Mehr Investitionen in Automatisierung und Kommunikationstechnologien könnten diese Entwicklung kompensieren. Welche Wohlstandseinbußen drohen und in welchem Umfang Investitionen nötig wären, hat eine Studie der Bertelsmann Stiftung untersucht.

Gütersloh, 12. Dezember 2019. Durch die Alterung der Gesellschaft werden für Deutschland massive Wohlstandsverluste entstehen: Im Jahr 2040 wird sich das Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) um voraussichtlich 274 Milliarden Euro insgesamt und um rund 3.700 Euro pro Kopf reduzieren (alles in Preisen von 2010) – mit anschließend weiter fallender Tendenz. Deutlich höhere Investitionen in Digitalisierung und Automatisierung als in der Vergangenheit könnten diese Entwicklung ausgleichen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie, für die das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung Wien (WIFO) im Auftrag der Bertelsmann Stiftung die Folgen der demografischen Alterung für die Produktivitätsentwicklung, das Wirtschaftswachstum und weitere makroökonomische Größen in Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien, Österreich, den USA und Japan bis 2040 und darüber hinaus berechnet hat.

Deutschland im internationalen Vergleich mit dritthöchsten Wohlstandseinbußen

Von den sieben untersuchten Ländern wird Deutschland im Jahr 2040 laut Studie die dritthöchsten Einbußen des Pro-Kopf-Einkommens (3.716 Euro) hinnehmen müssen. Nur in Japan (6.467 Euro) und Österreich (4.223 Euro) werden die Einbußen noch höher sein. Am geringsten werden die Effekte in den USA sein (2.196 Euro). Um die erwarteten Einbußen zu berechnen, nutzen die Autoren ein Szenario als Vergleichsbasis, in dem die Bevölkerung auf dem Stand von 2018 „eingefroren“ wird und der prognostizierte demografische Wandel der nächsten Jahrzehnte ausbleibt. „Das verhältnismäßig gute Abschneiden der Vereinigten Staaten ist vor allem auf eine günstigere Bevölkerungsentwicklung durch mehr Zuwanderung und höhere Geburtenzahlen zurückzuführen. Die USA sind in unserer Auswertung das einzige Land, in dem die Erwerbsbevölkerung in den nächsten 20 Jahren wächst und nicht altert“, erklärt Martina Lizarazo López, Demografieexpertin und Studienleiterin bei der Bertelsmann Stiftung. „In Deutschland schlägt vor allem die jahrzehntelang sehr niedrige Geburtenrate zu Buche. Die Erwirtschaftung unseres Wohlstands lastet in Zukunft auf immer weniger Schultern“, so Lizarazo López.

Grund für die Wohlstandseinbußen ist insgesamt ein Wandel der Erwerbsbevölkerung: Immer weniger Personen im Erwerbsalter stehen immer mehr Rentnern gegenüber. Aber auch die Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung wandelt sich: In den nächsten zehn bis 20 Jahren wird in fast allen untersuchten Ländern der Anteil älterer Menschen (55- bis 64-Jährige) an der Erwerbsbevölkerung zunehmen. Da empirisch betrachtet die individuelle Produktivität eines Menschen ihren Höhepunkt im Lebensalter von etwa 50 Jahren erreicht und danach langsam zurückgeht, wirkt sich dies negativ auf die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität aus.

Mehr Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien nötig

Eine absehbare Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung erhöht für Unternehmen allerdings den Anreiz, verstärkt in den so genannten arbeitssparenden technologischen Fortschritt zu investieren, um fehlende Arbeitskräfte zu kompensieren und die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu bewahren.

Doch um in Deutschland die alterungsbedingte Dämpfung des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens durch den verstärkten Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) sowie Software zu kompensieren, müssten öffentliche und private Investitionen in Zukunft deutlich steigen: von etwa 53 Milliarden Euro (2018) kontinuierlich auf fast 123 Milliarden Euro bis zum Jahr 2040 (in Preisen des Jahres 2010), so das Ergebnis der Modellrechnung. Das heißt, der Anteil der Investitionen in IKT und Software am gesamten Kapitalbestand der Volkswirtschaft müsste sich fast verdreifachen. „Da die demografische Alterung in der Vergangenheit noch eher moderat war, richteten sich die Investitionsentscheidungen der Unternehmen bisher eher auf die Optimierung von Produktionsabläufen und die Entwicklung neuer Produkte, weniger auf den arbeitssparenden technologischen Fortschritt“, erklärt Thomas Url vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung und warnt: „Verharren die Investitionen auf dem Niveau der Vergangenheit, sind hiervon langfristig keine positiven Effekte auf die Folgen des demografischen Wandels zu erwarten.“ Damit mehr in Digitalisierung und Automatisierung investiert werden kann, sei eine flächendeckende und moderne digitale Infrastruktur allerdings die Grundvoraussetzung, ergänzen die Autoren.

Neben mehr Investitionen in IKT und Software seien aber auch Maßnahmen notwendig, die mehr Menschen in Erwerbstätigkeit bringen und insbesondere die Produktivität im höheren Erwerbsalter erhalten, so Martina Lizarazo López: „Hierzu zählen neben einer Verbesserung des Bildungs- und Qualifikationsniveaus über den gesamten Lebensverlauf vor allem auch solche betrieblichen Maßnahmen und Rahmenbedingungen, die dafür sorgen, dass Arbeitskräfte auch im fortgeschrittenen Alter noch körperlich fit und gesund sind.“

Hintergrundinformationen

Die Studie „Macroeconomic Consequences of Ageing and Directed Technological Change“ knüpft an die Methodik des EU-Ageing-Reports an und erweitert diese, indem sie berücksichtigt, wie die Veränderung der Größe und Zusammensetzung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auf das Produktivitätswachstum wirkt und Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien sowie in Software als Maß für den arbeitssparenden technologischen Fortschritt beeinflusst. Darüber hinaus werden die Effekte der demografischen Alterung auf die gesamtwirtschaftliche Spar- und Investitionsquote, die Inflationsrate sowie die Leistungsbilanz ermittelt. Betrachtet werden die größten Mitgliedsstaaten der EU (Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien), Österreich als Beispiel für eine kleine offene Volkswirtschaft sowie Japan und die USA. Der Untersuchungszeitraum reicht bis 2050. Die der Studie zugrunde liegenden Bevölkerungsvorausberechnungen entsprechen den aktuellen Bevölkerungsvorhersagen von Eurostat und den Vereinten Nationen.

Ansprechpartner: **Martina Lizarazo López, Telefon: 0 52 41 81 81 576**
E-Mail: martina.lizarazo.lopez@bertelsmann-stiftung.de

Thieß Petersen, Telefon: 0 52 41 81 81 218
E-Mail: thiess.petersen@bertelsmann-stiftung.de

Über die Bertelsmann Stiftung: Menschen bewegen. Zukunft gestalten.

Die Bertelsmann Stiftung setzt sich dafür ein, dass alle an der Gesellschaft teilhaben können – politisch, wirtschaftlich und kulturell. Unsere Themen: Bildung, Demokratie, Europa, Gesundheit, Werte und Wirtschaft. Dabei stellen wir die Menschen in den Mittelpunkt. Denn die Menschen sind es, die die Welt bewegen, verändern und besser machen können. Dafür erschließen wir Wissen, vermitteln Kompetenzen und erarbeiten Lösungen. Die gemeinnützige Bertelsmann Stiftung wurde 1977 von Reinhard Mohn gegründet.

Weitere Informationen: www.bertelsmann-stiftung.de